

immer auch politische und gesellschaftliche Sicherheit und Stabilität. In diesem Sinne setzen wir uns für eine kohärente Friedenspolitik ein, die der gesamten Gesellschaft zu Gute kommt.

3. Bilanz: Der Blick zurück nach vorn

Kosovo und Afghanistan stehen mit für die schwierigsten, umstrittensten und schmerzhaftesten Entscheidungen bündnisgrüner Politik. Auch Jahre später scheiden sich daran noch die Geister.

Als einzige Partei haben die BÜNDNISGRÜNEN diese Streitfragen öffentlich und mit vollem Risiko debattiert. Sie taten das stellvertretend für die Gesellschaft.

Im Nachhinein kam aber eine selbstkritische wie selbstbewusste Aufarbeitung jenseits von Selbstrechtfertigungen und Schuldzuweisungen bislang zu kurz. Hierzu hat inzwischen die Friedenspolitische Kommission der Grünen Jugend einen vorbildlichen Beitrag geleistet.

Die von den GRÜNEN mitverantworteten ersten Kriegsbeteiligungen der Bundesrepublik Deutschland waren eine Zäsur in der bundesdeutschen Außenpolitik. Sie standen im Widerspruch zur friedenspolitischen Programmatik der BÜNDNISGRÜNEN von 1998 und zum antimilitaristischen Selbstverständnis vieler ihrer Mitglieder.

Was für die Mehrheit ein zentraler Wertekonflikt zwischen Menschenrechtsschutz und Gewaltfreiheit war und eine Güterabwägung in Regierungsverantwortung, galt anderen als Prinzipienverrat.

Wie kam es zu diesen schwerwiegenden Entscheidungen, was waren die Alternativen, was sind die Auswirkungen und Lehren?

Zu den Sternstunden grüner Außenpolitik gehört das Nein zum Irak-Krieg. Auch daraus lassen sich Lehren für die künftige Ausgestaltung deutscher Friedenspolitik ableiten.

3.1 Die grüne Kosovo-Politik

Grüne Kosovo-Politik begann nicht erst 1999. Die BÜNDNISGRÜNEN gehörten zu den viel zu wenigen Kräften in Europa, die sich in der frühen Konfliktphase für die Menschenrechte im Kosovo einsetzten, den gewaltfreien Widerstand der Kosovo-AlbanerInnen unterstützten und Vorschläge zu einer friedlichen Konfliktlösung machten. Mit dieser Politik der zivilen Krisenprävention blieben die GRÜNEN bis Ende der Legislaturperiode 1998 bei der Kohl-Kinkel-Regierung ohne Gehör.

Als mit der Bundestagswahl erstmalig eine rot-grüne Koalition möglich wurde, hatte sich die politische und humanitäre Situation im Kosovo schon blutig zugespitzt. Zugleich war die bünd-

nisgrüne Partei wenig auf die ganz anderen Handlungsmöglichkeiten und –zwänge einer Außenpolitik in Regierungsverantwortung vorbereitet.

Die Entscheidung der neuen Koalitionsparteien SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zur Abwehr der von VN-Generalsekretär Kofi Annan befürchteten „humanitären Katastrophe“ im Oktober 1998 die NATO-Androhung von Luftangriffen gegen Serbien mitzutragen, war nicht durch ein Mandat des VN-Sicherheitsrates legitimiert – allerdings scheiterte auch ein Versuch Russlands, die spätere Militäraktion im Sicherheitsrat zu verurteilen.

Die Kosovopolitik der jungen rot-grünen Bundesregierung war geprägt von dem doppelten Willen, unbedingt ein erneutes europäisches Versagen wie beim Bosnien-Krieg zu vermeiden und zugleich alles für eine friedliche Lösung zu tun. Dass es dann nach vielen Monaten eines „kleinen Krieges“ im Kosovo schließlich mit den NATO-Luftangriffen doch zum großen Krieg kam, hatte mehrere Ursachen:

An erster Stelle die kriegstreiberische Politik des Milosevic-Regimes; aber auch die Provokationen der mit Terror agierenden UCK; die langjährige Ignoranz der Staatengemeinschaft gegenüber dem Kosovo-Konflikt; die russische Rückendeckung für Milosevic und die Blockadehaltung Chinas und Russlands im VN-Sicherheitsrat; die vorschnelle Fixierung des Westens auf die NATO und die Vernachlässigung von Lösungen mit Hilfe der VN; die personelle Schwäche der großen OSZE-Beobachtermission KVM 1998/1999.

Die von einem grünen Minister geführte deutsche Außenpolitik und die ihn stützende Bundestagsfraktion standen in einem Dilemma zwischen Schutz vor schwersten Menschenrechtsverletzungen auf der einen Seite und Achtung des VN-Mandatsgebots für Militäreinsätze auf der anderen Seite. Es war legitim, dass dabei auch der Erhalt der Regierungskoalition und damit die politischen Gestaltungsmöglichkeiten der GRÜNEN sowie der Zusammenhalt des westlichen Bündnisses eine Rolle spielten.

So richtig der Wille war, nach den Erfahrungen mit der mörderischen Politik des Milosevic-Regimes ein zweites Bosnien nicht zuzulassen, so schädlich war es für die Glaubwürdigkeit der rot-grünen Kosovopolitik, dabei teilweise moralisch zu überziehen. Manipulationsvorwürfe gegen den damaligen Verteidigungsminister Scharping blieben im Raum stehen.

Die deutsche Beteiligung am NATO-Luftkrieg gegen Serbien basierte auf einem „Vorratsbeschluss“ des Bundestages vom Oktober 1998. Vor und während des Luftkrieges war die parlamentarische Kontrolle massiv eingeschränkt.

Außenminister Fischer konnte den Krieg nicht verhindern. Allerdings trug er mit dem sogenannten „Fischer-Plan“ wesentlich dazu bei, eine Eskalation in einen Bodenkrieg zu vermeiden und den Weg für den Waffenstillstand zu ebnen. Diese herausragende diplomatische Rolle war

wohl auch für die Delegierten des Sonderparteitages von Bielefeld im Mai 1999 ausschlaggebend, bei deutlicher Kritik an der Art der NATO-Kriegführung mehrheitlich die deutsche Kosovo-Politik zu billigen. Viele Mitglieder konnten den abrupten Kurswechsel der NATO- und militärkritischen GRÜNEN in der Regierungsverantwortung jedoch nicht nachvollziehen und verließen die Partei.

Das Ergebnis der NATO-Luftangriffe war ernüchternd und zwiespältig: Das erwartete schnelle Einlenken Milosevics blieb aus, die drohende humanitäre Katastrophe konnte unmittelbar nicht verhindert werden, im Gegenteil. Die serbische Seite beschleunigte zunächst ihre schon länger geplante Vertreibungspolitik. Letztendlich konnte die Vertreibung der Kosovo-AlbanerInnen aber wieder rückgängig gemacht und eine befürchtete schleichende Totalvertreibung der Kosovo-AlbanerInnen verhindert werden. Als nach der Niederlage Serbiens neben der Flucht von serbischen Gewalttätern auch Vertreibungen von Kosovo-SerblInnen einsetzten, konnte die VN-mandatierte KFOR-Truppe der NATO diese erst mit der Zeit stoppen. Die inzwischen erheblich reduzierte KFOR war seitdem unverzichtbar, um ein Wiederaufleben von Gewalt zu verhindern und Zeit zu schaffen für politische Lösungen.

Der Kosovo-Krieg zwischen dem 24. März und 19. Juni 1999 kostete im Kosovo insgesamt ca. 10.000 Menschen das Leben, der weitaus größte Teil davon waren Kosovo-AlbanerInnen, die serbischen Kräften zum Opfer fielen. Laut Human Rights Watch wurden durch die NATO-Luftangriffe ca. 500 ZivilistInnen getötet. Die Jugoslawische Armee zählte 600 Tote, davon die Hälfte durch Kämpfe mit der UCK. In den drei Monaten gab es 590.000 interne und 860.000 externe Flüchtlinge bzw. Vertriebene. Hinzu kamen erhebliche materielle Zerstörungen im Kosovo und in Serbien.

Der Kosovo-Krieg taugt nicht als Präzedenzfall. Aus ihm mussten vor allem Lehren gezogen werden. Initiativen der Bundestagsfraktion zu einer öffentlichen und selbstkritischen Aufarbeitung des Kosovokrieges fanden bei der Bundesregierung kein Gehör. Damit wurde einer nachträglichen Delegitimierung der deutschen Kosovopolitik Vorschub geleistet. Nichtsdestoweniger wurden in der politischen Praxis mehr Lehren gezogen, als gemeinhin bekannt ist:

Mit dem wesentlich von Deutschland aus angestoßenen Stabilitätspakt entwickelte die EU erstmalig ein Programm grenzüberschreitender wirtschaftlicher, politischer und gesellschaftlicher Friedenskonsolidierung.

In den Fällen Montenegros, des Presevtals und Mazedoniens wurden in den Jahren 2000/2001 jeweils erfolgreich kriegerische Eskalationen verhindert – durch kohärentes Krisenmanagement von EU, NATO und OSZE, durch den strikten Vorrang politischer Lösungen und die Betonung der Primärverantwortung der Konfliktparteien. Die zunächst mit dem Entwaffnungs-

einsatz in Mazedonien verbundenen Befürchtungen bestätigten sich nicht. Hier wurde nicht weniger als ein dritter Balkankrieg verhindert!

Angesichts der Strittigkeit des Kosovo-Einsatzes legte Rot-Grün in den Folgejahren besonderen Wert auf die klare völkerrechtliche Legalität, also VN-Mandatierung von Auslandseinsätzen.

Rot-Grün forcierte den Aufbau einer Infrastruktur für zivile Konfliktbearbeitung, die von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Koalitionsvertrag verankert worden war.

Die EU baute im Rahmen der ESVP neue Fähigkeiten eines zivilen und militärischen Krisenmanagements auf, um wenigstens bei Krisen vor der eigenen Haustür selbst handlungsfähig und nicht weiter von einer wenig beeinflussbaren US-Politik abhängig zu sein. Wenn die EU seit einigen Jahren mit eigenen militärischen und vor allem polizeilichen und zivilen Missionen maßgeblich und erfolgreich zur Friedenssicherung in Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und anderen Krisenregionen wie Aceh beiträgt, dann sind das wesentliche Lehren aus dem Kosovo-Krieg.

Kritisch ist zugleich festzustellen, dass es der Außen- und Sicherheitspolitik der EU immer wieder an gemeinsamem Willen, an Kohärenz, Ausdauer und Fähigkeiten mangelt: Im Schatten anderer Weltkonflikte wurde der Kosovo zu einem „eingefrorenen Konflikt“, der im März 2004 explodierte und auch mit der Unabhängigkeitserklärung noch keineswegs gelöst ist.

Die Erfahrungen mit der Regierungsverantwortung führten zu einem anderen Verständnis des Grundwertes Gewaltfreiheit: Wo grüne Mitverantwortung für das staatliche Gewaltmonopol und den Schutz der Bevölkerung vor illegaler Gewalt tragen, ist prinzipielle Gewaltfreiheit nicht durchhaltbar. Gewaltfreiheit bleibt aber ein Grundwert auch für staatliche Politik: als Gewaltprävention, als Schutz vor illegaler Gewalt, als Minimierung rechtsstaatlicher Gewalt und als Politik gegen Gewaltursachen. Uns ist bewusst, dass Gewalt nur zu leicht Gegengewalt hervorruft und dazu neigt, sich zu verselbstständigen.

3.2 Die grüne Afghanistan-Politik

Bereits in der 80er Jahren forderten die GRÜNEN den Abzug der sowjetischen Truppen, eine Verhandlungslösung und einen Stopp aller Waffenlieferungen nach Afghanistan. Die DKP und ihre Verbündeten verhinderten damals eine breitere Thematisierung von Afghanistan in der Friedensbewegung. Zur Zeit der Taliban setzten sich bündnisgrüne AußenpolitikerInnen ganz besonders für die Menschenrechte der Frauen in Afghanistan ein.

Die Anschläge des 11. September konfrontierten die bundesdeutsche Politik mit der Herausforderung des entgrenzten internationalen Terrorismus. Bündnisgrüne Außenpolitik war in der staatlichen Zentralaufgabe gefordert, den bestmöglichen Schutz der eigenen BürgerInnen und